

Nach dem Scheitern des Unionsplans zwischen Anglikanern und Methodisten

Der 8. Juli 1969 wird nach dem Urteil des Erzbischofs von Canterbury, *M. A. Ramsey*, als „der kritischste Tag seit der Reformation“ in die Geschichte der Kirche von England eingehen. Für die Ökumenische Bewegung aber stellt er wohl einen Wendepunkt dar, das Ende der sog. „organischen Einheit“ als Unionschema getrennter Kirchen. In einer historischen Rede beschwor der Primas die in Westminster House, London, versammelten Convocations (Synoden) von Canterbury und von York, sie möchten, wenn in Birmingham gleichzeitig die Methodistenkonferenz über „das denkbar beste Unionschema“ mit der Kirche von England abstimme (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 312f.), ihre Zustimmung nicht versagen, andernfalls werde „das Elend der Kirchenpolitik“ weitergehen, die Ökumenische Bewegung aber werde zumindest in den Augen der jungen Generation einen schweren Rückschlag erleiden, und es würden wahrscheinlich mehr Spaltungerscheinungen um sich greifen als im Falle einer Annahme. Die Beschwörung half nicht, auch nicht die gleichzeitige Warnung des Erzbischofs von York, *J. Coggan*, vor dem Feind, der vor den Toren lauere, dem Atheismus. Die Entscheidung der gesetzgebenden Körperschaften der Kirche von England fiel, erst in den letzten beiden Wochen erahnt, gegen den Unionsplan aus, trotz der überwältigenden Mehrheiten in den Probeabstimmungen vom Mai. Es fehlte bei der Zählung der Abstimmungsergebnisse in allen Häusern die Mehrheit von 75 Prozent aller abgegebenen Stimmen, für englische Verhältnisse eine absurde Ziffer bei Verfassungsänderungen. Nur 69 Prozent rechnete man zusammen, ohne ihr Gewicht zu zählen.

Enttäuschende Abstimmungen

Denn im einzelnen waren die Ergebnisse der Abstimmungen gar nicht schlecht. Von den 29 Bischöfen des Oberhauses der Diözese Canterbury hatten nur zwei mit Nein gestimmt, ausgesprochene Anglikatholiken. Im Oberhaus von York stimmten 11 von 14 Bischöfen mit Ja. An den Bischöfen also hatte es nicht gelegen (vgl.

„Church Times“, 11. 7. 69). Wohl hatte es sich der Klerus anders überlegt, und er wiederum stand offensichtlich unter dem Einfluß der Abneigung vieler einflußreicher Laien, deren Repräsentanten bei einer Probeabstimmung Mitte Juni nur 52 Prozent Ja-Stimmen aufbrachten, wobei ein Drittel der 340 Mitglieder des vorerst nicht rechtsetzenden Hauses der Laien abwesend waren. Dieses magere Ergebnis hatte eigentlich den Umschwung herbeigeführt. Denn hinter den Laien, die auf eine Union mit den Methodisten nicht vorbereitet waren, stand wohl auch das politische Unterhaus von morgen, vermutlich mit einer konservativen Mehrheit, die eines Tages dem Unionsplan die gesetzliche Verbindlichkeit hätte verleihen müssen. So ließ bereits das Sonderreferendum für den Klerus, das während des Monats Juni schriftlich eingeholt wurde, den bevorstehenden Umschwung erkennen (vgl. „Church Times“, 20. 6. 69). Eine starke Minderheit von 36,8 Prozent der Geistlichkeit entschied sich gegen den Unionsplan, besonders gegen den sog. Versöhnungsgottesdienst mit seiner „kalkulierten Zweideutigkeit“, in welchem durch gegenseitige Handauflegung Anglikaner und Methodisten einander ihre besonderen Gaben zuerkennen sollten, die Anglikaner den Methodisten das, was man in der Kirche von England die „apostolische Sukzession“ oder den „historischen Episkopat“ nennt, ein Verfahren, das bei mancher Union in Missionsgebieten, vor allem dem Musterbeispiel der 1947 geschaffenen „Kirche von Südindien“, funktioniert und sich seitdem bewährt hat. Der Erzbischof von Canterbury hatte angesichts der erwarteten Schwierigkeiten in seiner Schlußansprache vor den Abstimmungen zuversichtlich bemerkt, er wisse, daß viele Geistliche, die im Referendum mit Nein gestimmt hätten, ihren Vorbehalt zurücknehmen würden, wenn erst „die Kirche“ entschieden habe; und die anderen wüßten genau, daß man sie unbehelligt in der bisherigen Weise pastorieren lassen und nicht zu einer wie immer gearteten Zusammenarbeit mit den Methodisten nötigen werde. Erzbischof Ramsey versäumte es nicht

hinzuzufügen, daß eine Ablehnung der Union die Verhandlungsposition der Kirche von England gegenüber Rom keineswegs stärken werde! Der Appell nutzte nichts trotz wiederholter Gebetspausen: das „Unterhaus“ von Canterbury, die Vertretung des Klerus, wies 77 Neinstimmen bei 154 Ja auf, also genau ein Drittel, das Unterhaus von York nur 71 Ja von 105 Geistlichen. Alles zusammen, obwohl die in der ganzen Welt übliche verfassungsändernde Mehrheit damit erreicht war, reichte das Abstimmungsergebnis nicht aus, um die freiwillig errichtete Barriere von 75 Prozent zu nehmen.

Bleiben die Methodisten allein?

Ehe die erheblichen Folgen dieser Abstimmungsniederlage berichtet werden, zunächst ein Wort über das, was in der gleichen Stunde in Birmingham geschah. Auch dort lag der schlichte Antrag vor, die „endgültige Zustimmung zum Beginn von Stadium I der anglikanisch-methodistischen Vorschläge zu geben und die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen einer Zusammenarbeit einzuleiten“. Die Methodisten, ebenfalls bis zum letzten Augenblick unentschlossen, da sich auch bei ihnen eine Sezession vorbereitete, rafften sich unter ihrem neuen Präsidenten *R. Davies* auf, den Sprung in eine größere Zukunft zu wagen. Es war ihnen ja zugesichert worden, daß die Handauflegung seitens anglikanischer Bischöfe im Versöhnungsgottesdienst keine „Re-Ordination“ bedeute. Das genügte ihnen, und es war von ihnen, jedenfalls für Stadium I, nicht verlangt worden, auf ihre Tradition zu verzichten, daß auch Laien das Abendmahl austeilen können, und zwar ein Abendmahl ohne vergorenen Wein. Sie hatten nichts zu verlieren, sondern eher zu gewinnen. Und so brachte ihre Konferenz eine Mehrheit von 77,4 Stimmen auf zugunsten der „organischen Einheit“ mit der Kirche von England unter dem „historischen Episkopat“. Als dieses Ergebnis nach Westminster weitergegeben wurde, war man dort konsterniert, und der Methodisten bemächtigte sich eine Stimmung der Enttäuschung, allein gelassen worden zu sein. Was soll nun werden?

Der Erzbischof von Canterbury, der hauptsächlich Promotor der Union, verbargte nicht seine schwere Enttäuschung, aber er fand noch Hoffnung und erklärte, eine Schlacht sei verloren, aber nicht die Einheit. Man werde in absehbarer Zeit denselben Unionsplan abermals zur Abstimmung vorlegen und inzwischen die Bewegung der Gemeinden zueinander auf der Basis wachsen lassen. Man muß sich fragen, ob hier nicht eine typisch britische „Sturheit“ (stubbornness) vorliegt statt der bisher zu beobachtenden Regierungsweisheit eines bewährten Hierarchen, der zur Führung entschlossen ist. Nun, der Erzbischof wird den Plan keineswegs denselben Convocations vorlegen. Er denkt wohl daran, daß diese mit der Verfassungsreform der Kirche von England ohnehin ihre Zuständigkeit verlieren und im kommenden Jahr die neue „Generalsynode“ in Tätigkeit tritt, die die beiden Diözesen Canterbury und York umfaßt und auf der auch die Laien vertreten sind. Das mag eine andere Situation ergeben, wenn unterdessen die Entwicklung an der Basis bei denjenigen Gemeinden voranschreitet, die sich dem Unionsplan verschrieben haben, und diese sind recht zahlreich.

Ein neues Konzept der Einheit erforderlich?

Damit wird aber ein Element in die ökumenische Entwicklung eingeführt, das keineswegs dem Gedanken einer „organischen Einheit“ der Kirchen entspricht, nämlich die Selbsthilfe der Laien und Pfarrer in Gestalt einer die Grenzen der Doktrinen durchbrechenden *Interkommunion*. Zu ihr rät neuerdings auch ein so vorsichtiger Theologe wie Max *Thurian* von Taizé („Der Glaube in der Entscheidung“, Herder-Bücherei 345), obwohl das Stillhalteabkommen der römisch-katholischen und der reformierten Kirche Frankreichs bezüglich der Interkommunion soeben veröffentlicht worden ist (vgl. „Réforme“, 28. 6. 69, mit der Broschüre „Réunis en son nom“, herausgegeben von Kardinal *P. Gomyon*, Erzbischof von Rennes, und Pfarrer *H. Roux*). Die theologische Trägheit nicht einmal der Theologen oder der Kirchenführer, sondern der altgewordenen repräsentativen Laien in der Kirche macht anscheinend einen Durchbruch durch die kontroversen Schranken

des 16. Jahrhunderts unabwendbar. Ist aber erst einmal das Drängen von unten her im Gange, so ist das Konzept der *organischen Einheit* überspielt (vgl. dazu auch die Analyse „Kontroversen um die Interkommunion“ in: Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 266 f.). Die Anglikanische Kirche hatte seit dem Lambeth-Quadrilateral von 1886 den Plan verfolgt, alle aus ihrer Einheit bzw. der einstigen Staatskirche von England ausgebrochenen Freikirchen unter dem „historischen Episkopat“ wieder zu sammeln, und sie hatte nach und nach bei den Freikirchen aller Kontinente Verständnis dafür gefunden. Von daher war der Gedanke der „organischen Einheit“ zum *Grundkonzept* der Ökumenischen Bewegung und des Weltrates der Kirchen geworden, gipfelnd in der Erklärung der Dritten Vollversammlung von Neu-Delhi 1961 und gleichsam bestätigt durch das Ökumenismusdekret des Zweiten Vatikanischen Konzils, das freilich das Konzept der „organischen Einheit“ noch genauer katholischer dachte, nämlich unter dem Primat des Papstes mit all den Kautelen bezüglich der Priesterweihe und der von ihr abhängigen „vollständigen Wirklichkeit“ (substantia) des eucharistischen Sakraments. An diese Konzeption hatte auch Papst Paul VI. praktisch erinnert, als er sich in Genf vor den Vertretern des Ökumenischen Rates als „Petrus“ vorstellte und vor einem eventuellen Beitritt der katholischen Kirche zum Weltrat noch tiefergehende Studien empfahl.

Das rhodesische Referendum

Am 20. Juni 1969 war die wahlberechtigte Bevölkerung Rhodesiens zu einem Referendum aufgerufen, das zwei Fragen beinhaltete: „Befürworten Sie die Proklamation einer Republik in Rhodesien?“ und „Billigen Sie den Entwurf der neuen Verfassung?“ Bei 81,8 Prozent Wahlbeteiligung erhielt Premier *I. Smith* von 80,97 bzw. 72,78 Prozent der Wähler die Zustimmung für seine Politik der Trennung von England und der Trennung der Rassen in Rhodesien. Damit ist die *einseitige Unabhängigkeitserklärung* (U.D.I.) von 1965 wohl endgültig, und die von *Smith* angekündigte Ausrufung der Republik am 11. November dieses Jahres, also am vierten Jahrestag

Wenn nicht alles täuscht, so ist der 8. Juli 1969 nicht nur für die Einigung der Christen in England, sondern für die gesamte, die römisch-katholische Kirche einschließende Ökumenische Bewegung ein „Zeichen“ geworden, daß wenigstens in Europa, dem Ursprungsland der festformulierten Lehrunterschiede, eine „organische Einheit“ ohne Pluralismus des Lehrens und der Ordnung nicht realisierbar ist, sondern der Weg der Bewegung von unten mit „sanfter Gewalt“ (*K. Rahner*) vorläufig wirkräftiger, wenn auch nicht gefahrlos sein dürfte. Die Kirchenpolitik von Canterbury, die Kunst des theologischen Kompromissens, hat Schiffbruch erlitten. Das Unbehagen der anglikanischen Bourgeoisie vor den kleinen Leuten in den methodistischen Gemeinden, wo der Laie das alkoholreiche Abendmahl austeilt, ist im Grunde der einzige miserable Hemmschuh zu einer neuen Entwicklung. Nun dürfte es zu spät sein, den neuen Wein in die alten juristischen Schläuche zu füllen. Es ist wohl kennzeichnend für die Situation, daß maßgebende Stimmen in England spontan erklärt haben: nun müsse man den Methodisten das Zeichen der Liebe geben und sie zur Interkommunion an den Altären der Kirche von England einladen. Das Scheitern einer Einheitsidee von gestern, unlängst auch im französischen Protestantismus geschehen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 339), macht neue Wege offenbar unabwendbar, und zwar in der ganzen Christenheit.

der U.D.I., dürfte selbst durch einen (im übrigen unwahrscheinlichen) Regierungswechsel in London nicht mehr aufzuhalten sein. Die rhodesischen Rebellen hatten lange Zeit Hoffnungen auf eine konservative Regierung mit *E. Powell* gesetzt, der in England für die *Rückgliederung* Farbiger in ihre Herkunftsländer plädiert. Das Abstimmungsergebnis in Rhodesien ist in erster Linie auf die geltenden Wahlrechtsbestimmungen (Wahlrecht nach Besitz und Bildung) zurückzuführen. Von den 237 000 Europäern (so werden die Weißen auch in der neuen Verfassung genannt) waren über 80 000 in den Wählerlisten eingetragen, von den 4,4 Millionen Farbigen (überwiegend